

Daule-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Anzeigen werden 6. Spalte, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in anderen Anzeigengattungen angemessen. Kleinanzeigen 92 mm br. Millimeterzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahmestelle vorm. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abds. 6 Uhr. Adressänderungen, sowie Zusätze, müssen schriftlich erfolgen. Erschließungszeit: Sonntag 10. u. 11. Uhr, Montag 10. u. 11. Uhr, Dienstag 10. u. 11. Uhr, Mittwoch 10. u. 11. Uhr, Donnerstag 10. u. 11. Uhr, Freitag 10. u. 11. Uhr, Samstag 10. u. 11. Uhr.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Aufteilung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden an allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen sind unter Angabe der Zeitung eingetragene Manuskripte nicht ohne Rücksicht übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Daule-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1415, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Verlags-Konto Leipzig Nr. 4006.

Nr. 329.

Halle, Donnerstag, den 17. Juli.

1919.

Kritische parlamentarische Lage in Paris.

Der bayerische Finanzausschuss protestiert gegen die Finanzpläne Erzbergers.

Nachträgliche Konzessionen Frankreichs beim Friedensvertrage?

Basel, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Es ist die Folge des Beschlusses des Nationalrates der Sozialistischen Partei Frankreichs gegen den Friedensvertrag zu kommen, ist die schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifikation ernstlich gefährdet. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifizierung nur dadurch zustande kommt, daß die Regierung noch nachträglich Konzessionen zu machen sich bereit erklärt. Immerhin steht die Stellungnahme der sozialdemokratischen Deputierten der Kammer noch aus. Die parlamentarische Lage ist ungewiss, aber nicht sehr kritisch geworden.

Bayerischer Protest gegen Erzbergers Pläne.

WTB. Bamberg, 16. Juli. (Drahtnachricht.) Der Finanzausschuss des bayerischen Landtages beschäftigt sich heute mit dem vom Finanzminister Speck mitgeteilten Finanzprojekt des Reichsministers Erzberger. Finanzminister Speck ergänzte seine gestrigen Darlegungen und erklärte, daß der Reichsfinanzminister beabsichtige, eine Kapitalertragssteuer in Höhe von 30 Proz. zu erheben. An die Ausführungen des Finanzministers knüpfte sich eine lebhafteste Ansprache. Schließlich wurde vom Vorsitzenden des Finanzausschusses folgende Entschließung vorgelesen, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden wird: Der Finanzausschuss protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die neue Reichsfinanzpläne und gegen die neuen Reichsfinanzverwaltungspläne, wie sie in der Ministerkonferenz vom 13. Juli in Weimar bekannt gegeben wurden. Er stellt in ihnen den Untergang der finanziellen und der politischen Selbstständigkeit der Einzelstaaten, von welcher ihr Wohlfahrt und Gedeihen und das Wohlfahrt und Gedeihen Deutschlands abhängt. Er erwartet ein Eingehen in allen Reichsfinanzplänen gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt. Vom Finanzminister Speck wurde dem Ausschuss noch nachgelesen, ob die Partei nicht einen bayerischen Gegenvorschlag zur Ausmerzung der jetzigen Güter in den Finanzplänen ihre Unterstützung geben wolle. Dann müßten aber auch die bayerischen Abgeordneten in Weimar geschlossen hinter der bayerischen Regierung stehen. Der Ausschuss wird sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Streiklage in Straßund.

Straßund, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die allgemeine Streiklage kommt durch die Aushebung eines Generalstreiks vollkommen gleich. Von den Bürgerlichen, aber auch von einem großen Teil der Arbeiter wird dem Streik gegenüber eine große Empörung gezeigt. Die Gas- und Wasserwerke sind stillgelegt. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Später stellten auch die Ueberlandzentrale und das Elektrizitätswerk den Betrieb ein. Die Zeitungen erscheinen nicht, aber doch nur sehr unvollständig. In einer gefrigen Nachmittagsung zwischen Reichsmitgliedern und Streikenden, die auf dem Markte stattfand, kam es zu keiner Einigung. Nachtrag wurde auf den Schaden hingewiesen, der durch die Stilllegung des Wasserwerkes und die damit zusammenhängende Erhaltung der Leitungen entsteht. Von Seiten der Arbeiter wurde mehrfach gebeten, den Betrieb in den Wasserwerken aufrechtzuerhalten. Besondere Elemente verhielten in einer Versammlung im Interesse des Krankenhauses und der Alten und Schwachen auf die Gefahr eines Brandausbruches hinzuweisen, die durch die Stilllegung des Wasserwerkes vergrößert werde. Dieser Hinweis blieb jedoch ohne Erfolg. Es wurden Telegramme an den Reichspräsidenten, Reichswehrminister und die Minister des Innern und der Landwirtschaft gerichtet, desgleichen an den Oberpräsidenten und das Generalkommando, in denen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert wird und die Zurückziehung der Truppen. Durch Stilllegung der Ueberlandzentrale sind 15 000 Arbeiter, brennend. Viele Kleinindustrielle Wasserwerke aus der Umgebung der Stadt liegen still.

Neue Verhandlungen in Straßund.

WTB. Straßund, 16. Juli. (Drahtnachricht.) An dem Landarbeiterstreik haben heute vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem Pommerischen Landbund begonnen.

Bürgerlicher Abwehrstreik in Straßund

Straßund, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der als Abwehrmaßnahme ausgesetzte bürgerliche Streik

hat heute nachmittag eingeleitet. Das öffentliche Leben liegt still. Die Gastwirte warnen die Fremden vor Zugang, da sie kein Unterkommen gewähren können. Eine Kommission von drei Ratmitgliedern und zwei bürgerlichen Vertretern ist zu Nocte gereist, um mit ihm über den Stadt- und Landstreik zu verhandeln.

Prüfung der Ursachen des Landarbeiterstreiks.

WTB. Berlin, 16. Juli. (Drahtnachricht.) Die preussische Staatsregierung hat heute beschlossen, die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Azevinski vom Kriegsministerium über Stettin nach Straßund als Kommissare mit weitgehenden Vollmachten sofort zu entsenden, um an Ort und Stelle in Straßund die Ursachen des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissare in die Lage versetzt worden, den Belagerungszustand eventuell aufzuheben und den Arbeitszwang zu beseitigen.

Die pommerische Rübenernte in Gefahr.

WTB. Greifswald, 16. Juli. (Drahtnachricht.) Der Landarbeiterstreik im Landkreis Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederannahme der Arbeit ansetzt. Die Wiederannahme der Arbeit ist dringend geboten, da die Rübenernte in Gefahr gerät, wenn sie zu verenden. Gefahr besteht u. a. auch für die Wintergerste und die Jutzerrüben. Von den auf den Gütern eingerichteten Ausschüssen des Landarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weitertransportiert.

Eintägiger Generalstreik in Stettin.

Stettin, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die hiesige Arbeiterkammer proklamiert einen eintägigen Generalstreik als Protest gegen den Belagerungszustand, ebenso Gas- und Wasserwerk.

Das Befinden des Kaiserpaars.

Basel, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die englischen Morgenblätter bestätigen in Telegrammen aus Holland die Erkrankung des deutschen Kaiserpaars. Die Kaiserin soll ernstlich an jenem Leiden erkrankt sein, von dem sie schon einmal befallen wurde und das sie zu einem längeren Aufenthalt in Gomburg gezwungen hatte. Bekanntlich hatte die Kaiserin damals einen Schlaganfall erlitten. Der Kaiser soll nebensächlich erkrankt sein und körperlich ermatet sein. Der behandelnde Arzt hält das Befinden des Kaiserpaars für nicht ungesund.

Die Internierung von Deutschen durch die Polen.

WTB. Danzig, 16. Juli. (Drahtnachricht.) Auf eine Beschwerde der deutschen Regierung wegen der zahlreichen Internierungen in Polen hat die polnische Regierung geantwortet: Internierungen hätten nicht stattgefunden. Eine Notiz der polnischen Telegraphenagentur, die in der Zeitung „Pravda“ vom 11. Juli abgedruckt ist, ergibt aber, daß die polnische Antwort falsch ist. In der Notiz wird berichtet, wie eine deutsche Abordnung von Posener Einwohnern zum General Dowbor Müdnicki gekommen, ihre Ergebenheit bezeugt und um Aufhebung der Internierungen gebeten habe. Es heißt dann weiter: Nach der Vollziehung der Unterfertigung unter einem Protokoll mit der polnischen Erklärung erklärte ich (Dowbor Müdnicki), daß ich ihrer Bitte auf die Internierung zu verzichten willfahren will und die Bitte der schon internierten Personen wohlwollend geprüft habe. Hier spricht also der polnische Beamte selbst von Internierungen. Das dürfte wohl ein unaufrichtiges Zeugnis sein und beweisen, daß die gegenwärtige Erklärung der polnischen Regierung eine Lüge ist. Die Internierungen sind aber keineswegs auf Grund des Verdachts beseitigt. Vielmehr heißt es weiter in dem Bericht: Jedoch haben die Deutschen heute und gestern unsere Truppen angegriffen. Deswegen bin ich der Ansicht, daß ich das Recht habe, die Ausführung der ermittelten Verbrechen zu verhindern. Das ist polnische Vertragsbreche. Weil die deutschen Seere gegen die Polen kämpfen, werden unschuldige Bürger interniert, werden Verbrechen nicht gehalten. Wie aber würde die Menschheit wiederhalten, wenn die Deutschen die polnischen Vertreter, die auf die Abtretung Polens und Beherrschung von Deutschland hinarbeiten, zum und landes interniert hätten.

Wenn die Kommunisten am Ruder wären.

Den Kommunisten müssen alle Dinge zum Besten dienen. Die erheblichen Ernährungsnotlagen, die sich auch durch den Friedensschluß nicht wesentlich gebessert haben, der blühende Schleichhandel und die hohen Preise werden immer wieder von ihnen bei der Wahlarbeit benutzt, um gegen die Regierung, vor allem aber gegen die Bourgeoisie zu wählen. Aber auch die Sozialdemokratie kommt in diesem Selbstzug über weg. Der im kommunistischen Sinne geleitete „Kämpfer“ versucht sogar gerade die Sozialdemokratie für die schweren Mängel verantwortlich zu machen, spricht von sozialdemokratischer Völkervergiftung und behauptet, „der gewissenlosen Ernährungsnotlage des heutigen Staates diene der Schleichhandel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung“; an seiner Verteilung und Befämpfung liege deshalb der jetzigen Machhabern nichts. Schließlich ruft das kommunistische Blatt aus: „Der die Schleichhandel- und Schieberwirtschaft beseitigen will, muß Kommunist werden und als Kommunist, d. h. als operativer, revolutionär handelnder Vorkämpfer vorangehen.“

Demgegenüber führt die sozialdemokratische „Vormittler“ mit Recht aus: Das klingt gerade so, als ob die deutsche Arbeiterklasse von Wucher und Schleichhandel sofort befreit werden könnte, wenn die neunmal tüchtigen Kommunisten ans Ruder kämen. Es würde ihnen natürlich in Wahrheit genau so schwer werden wie uns Mehrheitssozialisten. Die Parteigenossen der deutschen Kommunisten in Rußland, die Bolschewisten, wissen ja ein Vieches davon zu singen. Die russischen Bolschewisten herrschten im Sommer 1918 in Rußland schon unumschränkt. Trotzdem herrschte im August vorigen Jahres in den russischen Industriezentren und Großstädten eine Preistreibe und ein Schleichhandel von einem so gewaltigen Umfang, daß sich niemand einen rechten Begriff davon machen kann. Die Getreidenot, der durch die Revolution verursachte Rückgang der Produktion, Transporterschwierigkeiten und die Abneigung der Bauern, ihre Früchte herzugeben, waren dort dieselben Ursachen der Mißstände wie bei uns. Die Bolschewisten gingen mit den härtesten Maßnahmen vor, die Versorgungs-Kommissare erhielten sogar diktatorische Vollmachten, für die Hinterziehung von Getreide wurden drakonische Strafen angesetzt. Die Deputierten wurden vor Gericht gestellt, die Requisitionsabteilungen der Roten Armee gingen auf dem Lande mit rücksichtslosen Gewaltmaßnahmen gegen die Bauern vor. Immer mehr wurden die Strafen erhöht, auch die Arbeiterorganisationen erhielten das Recht, Requisitionsabteilungen auf das Land zu entsenden, aber es half alles nichts. Nicht einmal das dürftigste Existenzminimum für die Bedarfsgebiete konnte trotz all dieser Gewaltmaßnahmen herbeigeschafft werden. Genau so wie bei uns wurde der Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung immer größer. Die Bolschewisten organisierten in den Dörfern die sogenannten Komitees der Armut und versuchten auf diese Weise die armen Bauern gegen die reichen Grundbesitzer mobil zu machen; auch das glückte ihnen nicht.

Die bolschewistische Versorgungsorganisation verbrauchte gewaltige Mittel. So hatte die Lebensmittelverwaltung des Moskauer Gebietes ihr Personal vom Dezember 1917 bis zum April 1918 von 750 auf 4000 Mann vergrößert. Der Etat dieses ungeheuren Apparates war in den zehn Monaten seines Bestehens von einer Million auf 280 Millionen gestiegen. Die Lebensmittel wurden dadurch ungeheuer verteuert. Auch die Samstagsmehrmittel der bolschewistischen Lebensmittelwirtschaft einen ungeheuren Umfang an. In Rußland nennt man diese Samstags-„Sachträger“. Beim Verlangen der bolschewistischen staatlichen Organisation war die Nachfrage nach Schleichware so groß, daß auch die drakonischen Maßnahmen der Regierung nichts dagegen nützten. Die Samstags-„Sachträger“ nahmen so großen Umfang an, daß sich die Samstags-„Sachträger“ auf eigene Faust ganze Samstags-„Sachträger“ auf den Weg in Bewegung setzten. Der Schrei nach dem freien Handel erkobte genau so laut, wie heute bei uns, und es gab Zeiten, in denen die bolschewistische Regierung ganz und gar nicht abgenötigt war, den freien Handel wieder ein-

zurufen. Einem Vertriebsratte wurde damals aus
Freien der Vorsehrung in bedeutender Weise
erklärt, daß die Volkswirtschaft nicht Grund-
sätze, sondern Interessen vertreten. Die
Volkswirtschaftliche Regierung setzte die freien
in der Verweisung bis auf das Zwei- und Dreifache
hinan. Wenn „Der Kämpfer“ nun gar erklärt, die
mehrfachsozialistische Regierung setze sich gern den
Schleichenhand gefallen, weil er ihr über die Lebensmit-
telverhältnisse mit hinnehmender Mißse, so sei daran
erinnert, daß im Sommer 1918 die russischen Volkswir-
ten in ihrer letzten Verweisung der notleidenden
Bevölkerung von Petersburg und Moskau gestatteten,
sich persönlich und für den eigenen Bedarf zu festen
Preisen in der Provinz mit Lebensmitteln zu versorgen
und ein bestimmtes Quantum pro Kopf unbeschadet
sinzuzahlen. Die Volkswirtschaften haben also bis zu einem
jenseitigen Grade den Schleichenhand frei. Gegenüber den
Faktoren, die unter bolschewistischer Herrschaft in Rus-
land auf dem Gebiete der Lebensmittelförderung be-
standen und noch bestehen, sind die genutzten Ver-
hältnisse in Deutschland zurzeit immer noch das Kleinere
Nebel.

Deutsche Nationalversammlung.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung über deren Anfang
er bereits in unserer gestrigen Nachmittags-Ausgabe be-
richtet, betonte

Präsident Rehenbach: Die Parte der Unabhängigen
hat die allergeringste Veranlassung, sich durch meine
Geschäftsleitung zu verhalten zu fühlen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Dem widerspreche ich. Nament-
lich in der letzten Zeit hat er die Präsidenten aus gegenüber
an Objektivität fehlen lassen. (Großer Lärm in der gan-
zen Halle.)

Präsident Rehenbach: Zu dieser Verwahrung haben
Sie nicht den mindesten Anlaß. (Lebhafter Beifall in einem
großen Teile des Hauses; Zuruf bei den Unabhängigen:
Wir lassen uns das nicht mehr gefallen.)

Abg. Dr. Cohn: Wir wollen die Kinoszenen, weil
ke politische Ausgrenzung sein. Reher führt weiter
aus, daß der Vorwurf der Un in engsten Zusammenhang
mit der Regierung arbeite. Bei der Reichsfinanz besteht so-
gar ein Kinoszenen, das

aus dem Fonds des Reichspräsidenten, einer Kor-
ruptionsfonds,
Schritten wird. (Andauernde Schluß-Pause.) Wenn die Film-
zenen überhaupt einen vernünftigen Zweck hat, dann ist es
nur der Fall, wenn man mit ihr der Jugendbildung dienen
will.

Abg. Hausmann (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen
ist an sich vernünftig, aber in die Verfassung gehört er
nicht. Zu den Ausführungen des Abg. Cohn weise ich
darauf hin, daß auch der Abgeordnete Cohn für die Wenig-
betragenden Unterstützung einer solchen und würdigen Erlebi-
gung zugelagt hat. Die

agitatorische Betätigung der Unabhängigen
bedeutet einen Schaden für das ganze Gesetzgebungs-
werk. (Lebhafter Beifall; lärmender Widerspruch der Unabhän-
gigen.)

Ministerpräsident Bauer:
Die Ausführungen des Abg. Cohn über den Korru-
ptionsfonds des Reichspräsidenten entstehen über Grund-
lage. Der Reichspräsident verhält über einen Repräsentations-
fonds von 500 000 Mark. Selbst der Abgeordnete Cohn muß
zugeben, daß er davon nicht die Filmindustrie un-
terstützen kann. Aus dem Filmindustrie-Fonds der Reichs-
präsidentschaft wird lediglich eine Informationsstelle für den Film
unterhalten, die monatlich 400 Mark kostet. Auch mit diesen
400 Mark muß selbst der Abgeordnete Cohn zugeben, ist eine
Unterstützung der Filmindustrie schwer möglich. (Beifall
und Heiterkeit.)

Abg. Dr. Cohn: Das Filmdezernat der Reichskanzlei hat
sicherlich keine andere Aufgabe, als die Filmvorführungen
in Regierungsgemeinschaft zu beeinflussen (Widerspruch; andauernde
Schluß-Pause.) In den Ausführungen des Abgeordneten Haus-
mann bemerke ich, daß seine Angaben unwahr sind.
(Große Unruhe.)

Abg. Hausmann (Dem.): Meine Ausführungen ent-
sprechen den Tatsachen, und ich weise es als unrichtig zurück,
daß der Abgeordnete Dr. Cohn sie als unwahr bezeichnet hat.
(Beifall.)

Abg. Krähls (Soz.): Ich kann die Nichtigkeit der Fest-
stellung des Abgeordneten Dr. Hausmann bestätigen.

Abg. Gezer (U. S.): Der Abgeordnete Hausmann hat
meine Partei apothrophisiert, daß

uns hier agitatorische Beweggründe leiteten.
(Minutenlanges lehr richtig!). Auch wenn Sie
noch so sehr drallen, weise ich diese Angriffe zurück. (An-
dauernde Unruhe.)

Ein Regierungsvortreter macht noch einige Angaben über
die Filmstelle in der Reichskanzlei und hebt hervor, daß
nach dort einen ehemaligen Angestellten der Filmindustrie zu-
geordnet hat, weil er von der Sache etwas versteht. (Beifall.)

Der Artikel 117 wird sodann unter Ablehnung sämtlicher
Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfes ange-
nommen.

Daostische Flugblätter in der Nationalversammlung.
Während der Abstimmung tritt plötzlich ein Beluder
des dritten Ranges an die Brüstung und wirft ein großes
Blatt Flugblätter und graue Karten in den Saal mit den
Worten: Hier ist Material für den Abgeordneten Raumann.
Tribünenbesucher und Abgeordnete greifen nach den Zeiteln.
Es entsteht große Unruhe, die durch eine Auforderung des
Präsidenten Rehenbach zur Ruhe nur langsam beendet wird.
Die Flugblätter sind überschrieben „Daostellen gegen Weimar“
und tragen Unterschriften wie „Der daostische Zentralrat
der Volkrevolution“ und „Der Präsident des Erbvolks ist
im Sattel des weißen Herdes Dada“. Auf den grauen
Karten wird die Ankunft des Oberdada angekündigt, weil
der Abgeordnete Traub in einem Vortrag das „Weltgewissen“
angewiesen habe. Der Setzmeister entfernt sich ohne weiter
sichend zu werden.)

Über den zweiten Abschnitt des Grundgesetzes, der
das Gemeinschaftsleben

schondest, berichtet
Abg. Dr. Hepler (Str.):
Artikel 118 stellt die Ehe als Grundlage des
deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung.

Abg. Dr. Duppe (Dem.): beantragt eine Fassung, in der
die „Grundlage des deutschen Familienlebens“ weggelassen
wird, und außerdem, daß der Wirterschaft Anspruch auf den
Schutz des Staates gegeben wird.

Eine ähnliche Fassung beantragen auch die Sozialdemo-
kraten, die setzen den unehelichen Kindern das gleiche
Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mut-
ter geben wollen, wie den ehelichen Kindern.

Abg. Dr. Duppe (Dem.): beantragt als Zusatz zu Artikel
119: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung
die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und
gesellschaftliche Entwicklung zu verschaffen, wie den ehelichen
Kindern.

Die Abg. Frau Zieg und Genossen (U. S.) beantragen:
Das uneheliche Kind trägt den Namen des
Vaters und steht dem ehelichen Kind gleich. Die Mutter
des unehelichen Kindes hat Anspruch, auch im amtlichen Ver-
kehr als „Frau“ bezeichnet zu werden.

Endlich liegt noch eine Entschließung des Ausschusses
vor, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der
die rechtliche und soziale Stellung des un-
ehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt.

Abg. Frau Köhl (Soz.): Niemand hat das Recht, die un-
eheliche Mutter ohne Schuld der Verfassung zu lassen.

Abg. Frau Neubaus (Str.): Eine Unterabteilung zwischen
der Ehe und anderen Verbindungen, die nicht so auf Treue
und Verantwortlichkeit beruhen, muß gemacht werden. Auch
die Verhältnisse des unehelichen Kindes mit den ehelichen
geht zu weit.

Abg. Frau Brönner (Dem.): Meine Fraktion meint,
daß die Rechte der unehelichen Kinder nicht in der Verfassung,
sondern in einem besonderen Gesetz festgelegt werden sollen.

Ein vom Zentrum (Abg. Gräber und Genossen) ge-
stellter Antrag geht dahin, daß in einem besonderen Artikel
118a bestimmt wird: Die Wirterschaft geniest Schutz und
Fürsorge nach Maßgabe der Gesetze. Den unehelichen Kindern
sind durch die Gesetzgebung gleiche Bedingungen für ihre
leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Abg. Frau von Gierke (Dn.): Ehre und Familie müssen
im Volksbewußtsein ihren besonderen Platz behalten. (Bei-
fall rechts.)

Abg. Frau Zieg (U. S.): Der bisherige Rechtszu-
stand ist
eine bittere Ungerechtigkeit gegen das uneheliche Kind
und seine Mutter. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Barlage (Str.): Man kann die unehelichen und die
ehelichen Kinder unmöglich gleichstellen. (Lebhafter Wider-
spruch der Unabhängigen.)

Abg. Kagenblatt (Soz.): Wir wünschen nicht Zwang für
die unehelichen Kinder zur Führung des Vatersnamens,
sondern das Recht darauf.

Abg. Runkel (U. S.): fordert ein Reichsministerium für
inheilige Pflege der Volkswirtschaft. Reher behandelt die
Aufgaben dieses Ministeriums sehr ausführlich und
wird vom Abgeordneten Hausmann wiederholt auf das
Ueberstreichen der vereinbarten Redezeit hingewiesen. (Zu-
rufe der Unabhängigen: Es gibt keine Redezeit!).

Damit schließt die Beiragung.
Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr: Ver-
fassungsgesetz: wirt. Schluß 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

WTB Berlin, 16 Juli. Am Ministertische: Strich,
Heine u. A.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung mit der Mitteil-
ung, daß die Reichsausschüsse heute gestern darüber verhandelt,
ob nicht die Woche eine

Beschränkung der Redezeit
eintreten solle, damit sich das Haus mit Ende der Woche eine
Ruhepause gönne. Es sollten die gemeldeten Fraktionen
sich dem mit dem Innern, die Begründer der förm-
lichen Anfragen über den Verarbeitertitel und die groß-
heftige Republik höchstens eine Stunde, alle übrigen Redner
höchstens eine Viertelstunde reden.

Nach kurzer Debatte wird der Vorschlag mit der Zende-
zung angenommen, daß die erste Redezeit nach dem Etat des
Innern in der Reihenfolge nach dem Vorschlag zu bleiben.
Es folgt die erste Beratung der Novelle zum

Warenhaussteuer-Gesetz.
Berichterstatte Hammer (Dn.): Die Vorlage beschränkt
sich darauf, die Unternehmungen, denen die Verleugungs-
vorrichtung des Umschlagsteuer-Gesetzes, Paragraph 36, zuzusetzen,
am 1. April 1919 ab mit ihrem ganzen Umsatz von der Waren-
haussteuer freizulassen.

Abg. Menzel-Galle (U. S.): Besser wäre es, die Waren-
haussteuer ganz abzuschaffen.

Abg. Eberle (Soz.): Zurzeit ist die Belastigung der
Warenhaussteuer noch nicht möglich.
Die erste Beratung schließt. Die Vorlage wird in zweiter
Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über die
Neuwahlen der Provinzialparlamente.
Nach Paragraph 1 sind die Landtage aufzulösen und bis zum
1. September 1919 neu zu wählen.

Abg. Neegenborn (Dn.) beantragt, daß die Abgeordneten
der Stadtteile von der Stadtvorordnetenversammlung und den
Magistraten gemeinsam gewählt werden, soweit die
Stadtvorordneten Magistratsverfassung haben.

Abg. Söder (U. S.) beantragt unmittelbare Wahl durch
die Bevölkerung.
Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten An-
träge in zweiter Lesung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in
dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhän-
gigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird
ferner der Gesetzentwurf zur
Aufhebung und Neubildung der Steuerkommissionen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes zur Er-
weiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände.
Abg. Limberg (Soz.) hält bei der Schwierigkeit des
Stoffes eine Ausführungsberatung für notwendig.

Minister des Innern Heine: Der Entwurf beruht nicht
auf Vereinbarungen in Weimar, sondern auf Wünschen aus
der Provinz und aus dem Hause. Die Schuffragen dürften
freilich zum größten Teil ausbleiben wegen des jetzt in Wei-
mar beschlossenen Kompromisses.

Abg. Kallin (Str.) empfiehlt die Überweisung an eine
besondere Kommission von 23 Mitgliedern.
Abg. Kallin (Dem.): Die Autonomie der Provinzen
darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.
Abg. Bergt (Dn.) kann zurzeit auf die Frage noch nicht
Stellung nehmen.

Abg. Dr. von Richter (D. Rpt.) stellt der Vorlage mit
sehr ernsten Bedenken gegenüber.

Abg. Söder (U. S.): Im November hätte es niemand
für möglich gehalten, daß die Reichsozialisten Arm in Arm
mit dem Zentrum alle sozialdemokratische Kultur-Ver-
richtungen der Werke preisgeben würden, wie es den Gesichts-
punkt der Vorlage gibt an einen Artikel des 27. Mitgliedern
Es folgen förmliche Anfragen über die

Stellung einer großheftigen Republik.
Abg. Dr. Moldenbauer (D. Rpt.): Es steht fest, daß Mi-
nisterpräsident Ulrich mit Wagnis eine auf die Groß-
heftige Richtung eingeworfene, und es hierauf von den gewiegten
französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst ein-
geworfen wurde. In einem harten ungeteilten Brechen sehen
wir die Bürgerpflicht für die Erhaltung der Reichseinheit.

Abg. Bergmann (Str.): Die preussische Bevölkerung in
den Gebieten, die man zu Groß-Heften schlagen will, ist
nichts weniger als geneigt dazu. Der „Vorwärts“ behauptete
zwar, die Regierung wisse von den Schritten Ulrichs und
billige sie. Demokratische Wähler und Abgeordnete sind
auch für eine rheinische oder westdeutsche Republik einge-
treten. (Lebhafter Widerspruch.) Mit der Beurlaubung des
Herrn Ulrich hinter den Kulissen ist nichts getan. Sie müssen
Farbe bekennen. Die Schritte Ulrichs stehen mit dem Inter-
essen Deutschlands im Widerspruch. Wir werden schon aus
rein wirtschaftlichen Gründen zu einem Einheitsstaat
kommen.

Ministerpräsident Hirsch:
Im Juli hat eine Unterredung stattgefunden zwischen
General Mangin und dem Ministerpräsidenten Ulrich und dem
bestimmten Justizminister über lokale Fragen. Hier ist auch die
Frage der rheinischen Republik zur Sprache gekommen, gegen
die Ulrich scharf Stellung nahm. Dabei wurde aber zugleich
der Plan eines großheftigen Reiches erwähnt. Man hat
gleichzeitig über diesen Plan die Unterstützung der
französischen Besatzungstruppen gewünscht wird. Die beiden
Minister erklärten jedoch, daß ihnen eine solche Absicht fer-
nlegen habe. Die preussische Regierung hält eine Abren-
nung von preussischen Gebieten für den Bestand des
Reiches für gefährlich. Wir vertrauen der deutschen Gein-
ung unserer linderdeutschen Volksgenossen, daß sie den fran-
zösischen Forderungen nicht folgen werden. Abspaltung von
Preußen kann zur Abspaltung von Reich führen.

Abg. Dr. Kallin (D. Rpt.): Man muß systematisch im
Westen für die Losrennung zu werben. Die Lage ist sehr
ernst. In dem Vorgehen des beständigen Ministerpräsidenten
müssen wir geradezu einen feindlichen Akt gegen Preußen
erblicken. (Gez. richtig!) Es gibt nichts, was eine Ver-
neuerung Preußens erforderlich dünne.

Abg. Bergmann (Str.): Wir haben ein sehr schweres
Opfer gebracht, als wir in die Regierung eintraten. Wir
haben es gebracht im wohlverstandenen Interesse des Vater-
landes. Das Zentrum hat offiziell von Verleugern zur
Vereinsbildung der Rheinlande gewarnt, weil sie die

Gefahr sozialer Unruhen und Bürgerkriege
in sich bergen. Mehr konnte das Zentrum doch nicht tun.
Ein im Zentrum hat die Zahl der Anhänger des Einheits-
staates häufig genommen. Ich gehöre auch hierzu.

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr pünktlich: Etat des
Ministeriums des Innern; vorausichtlich wird am Donnerst-
tag auch noch eine Plenarsitzung stattfinden. Schluß 7 Uhr.

Ergebnisse der Finanzminister-Konferenz
WTB Berlin, 16 Juli. In der Sitzung des hiesigen
Haushaltsausschusses am 15. Juli machte Finanzminister Dr. Strich
über die Konferenz der Finanzminister der deutschen Reichstaaten
folgende Mitteilungen:

Es soll die Gesetzgebung über förmliche Steuerentwürfen nur dem
Reich zustimmen, und die ersten Einnahmen sollen nach einem
nach aufzustellenden Schlüssel zwischen dem Reich, den Ländern
und den Gemeinden unter Berücksichtigung der Lebensnotwendig-
keiten aller Beteiligten verteilt werden. Die gesamte Finanz-
verwaltung der Reichsstaaten soll von einer Zentralstelle einheitlich
geleitet werden. Nach Anfall des Finanzministers bedeutet
dieses Verlangen der Reichsregierung das größte Opfer; das man
den Bundesstaaten zumutet. Das Reich beabsichtigt, die Bundes-
staaten in einem nach zu bestimmenden Umfang an den Er-
tragssteuern gewisser Steuern, wie Einkommensteuer, Erbschafts-
steuer, teilhaben zu lassen. Die Bundesstaaten hätten dann
noch Gelegenheit, besondere Ertragssteuern, wie etwa Veräuße-
rungssteuer, für sich auszufahren, sofern das Reich auf die bereits
eingedachte Vorlage einer Vermögenssteuer verzichtet. Aber
auch die Gemeinden verlieren das Selbstbestimmungsrecht über
ihre wichtigsten Finanzquellen. Sie werden noch der Meinung
der Reichsregierung ist von den Bundesstaaten einem gewissen
Teil der Einnahmen, die vom Reich erhoben werden, zuzubilligen
lassen müssen. Damit wird die finanzielle Selbständigkeit der
Gemeinden im wesentlichen beseitigt. Sie werden der strengen
Aufsicht der Bundesstaaten hinsichtlich ihrer Ausgaben unter-
worfen.

Die Zahlung der Zölle in Gold.
WTB Berlin, 15. Juli. Der gestern im Staatsaus-
schuß angenommen und nunmehr der Nationalversammlung zugehend
Gesetzentwurf über die Zahlung der Zölle in Gold ent-
hält nur zwei Paragraphen: § 1: Die in die Reichs-
sachen zu zahlenden Zölle sind in Gold zu zahlen. Durch die Reichsregierung
wird bestimmt, nach welchem Umrechnungsverhältnis die zur Zah-
lung zu zahlenden fremdwährigen Goldmünzen in Zahlung
zu nehmen sind, und unter welchen Bedingungen die Zahlung in
anderen Zahlungsmitteln als Goldmünzen geleistet werden darf.
§ 2: Dieses Gesetz tritt mit dem achten Tage nach der Verkündung
in Kraft.

In der Begründung heißt es: Die Zölle in Gold zu zahlen
des Reiches ist im Laufe des Weltkrieges in außerordentlichem
großem Umfang zurückgegangen. Die Gründe, die zur Befrei-
gung und Ermäßigung von Zöllen führten, werden bei der Wirt-
schaft der Zeit fortbestehen. Um lo gebietliche Erfolge unter Finanz-
lage, einer Gefahr zu begegnen, die die Reichsfinanz durch den
verbleibenden Zöllen für die Reichs-
des Reiches die Wiederherstellung des Einfuhrwertes bringen
kann, in Frage zu stellen, gelangt hier. Die Quelle dieser Gefahr
ist die Entwertung der Reichsmünzen. Des zur Befreiung
der Volkswirtschaft geeignete Mittel ist die geleistete Anordnung,
daß die Zölle in Gold zu bezahlen sind. An Anhebung an Para-
graph 2 der Verleugung über den Zahlungserwerb mit dem
Ausgabe vom 8. Februar 1917 wurden dabei gegebenenfalls außer
Einfuhrwert, Einfuhrwert, Einfuhrwert, auch Ausfuhrwert, Einfuhrwert,
Sachs und Wechsel zu berücksichtigen sein.

Die Schiffsablieferung an die Entente.
WTB Berlin, 16. Juli. Nach der Bestimmungen des
Westfälischen Handelsvertrages sind bisher von den im Hamburger
Hafen liegenden oder in Hamburg beheimateten Schiffen 103
Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1 162 521 Netto-Rubikmeter

an die Entente zur Ausrückung gekommen. Hieron enthalten auf die Bundesversammlung 21 Deputierte mit 127 045 Stimmen.

Eine Dortmunder Sportkisten-Versammlung

WTB. Dortmund, 14. Juli. Sportkisten-Versammlung und Schiedsrichter-Versammlung. Am Abend eine Versammlung der Dortmunder Sportkisten-Vereine. 3000 Mann und eine Frau waren anwesend.

Loosungsbeschlüsse in Orléans.

WTB. Reims, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: In Orléans soll morgen der Landesausbruch, der unter dem Druck der Offensivmaßnahmen neuerdings werden möchte, zusammenbrechen. Auf der Tagesordnung steht die Lösung von Orléans. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Lösungswunsch wesentlich andere auf das auf die vertriebenen Besatzungen verbergen, die auf den Anschlag an das unter der Verwaltung des Militärverbandes stehende Saargebiet hinführen. Das würde ein weitestgehend teilweises Ausscheiden aus dem Reich bedeuten und zugleich ein widerrechtliches Verstoßen des Vertrages des Saargebietes, wie er im Friedensvertrag festgelegt ist. Die Besatzungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einklang mit der obersten Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Weisung zu ziehen wissen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beistellt oder sie fördert.

Die Streikbewegung auf dem Lande.

WTB. Berlin, 16. Juli. Seit November ist, wie wir oben, im Ganzen in 12 Kreisen und 56 Kreislagen von 3-2000 Landarbeitern getreift worden. Einen politischen Hintergrund hätte der Streik im Kreis Danziger Hühnerhöfen, der ziemlich einen ganz anderen Charakter hat. Die eigentliche Ursache ist die in diesem Kreis zu geringe Lohnhöhe. Die Arbeiter sind im Allgemeinen überzeugt von der Notwendigkeit der zeitlichen Einlösung der Ernte. Zunächst ist die Ernte nicht genügend. Die Ernte ist sehr schlecht. Die Arbeiter streiken auf gemeinsamer Grundlage, das heißt auf Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, haben überall ausgereicht, die Streiks zu beenden. Der Landwirtschaftsminister wird morgen in der Bundesversammlung über die Lage sprechen.

Schutz den arbeitswilligen Landarbeitern

WTB. Berlin, 16. Juli. Die „Post“ erfährt, daß das Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten ein förmliche unterstellte Generalkommissionen und Reichsämter für die Landwirtschaft herausgegeben habe, die sie durch die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen militärischen Kräften zu schützen und alle entgegenstehende Kräfte der Weisungen die Durchführung der Ernte und deren Beeinträchtigung zu verhindern zu sollen. Gleiches ist in den Besatzungen geschehen worden, um eine weisende Wirkung unter den Landarbeitern zu besetzen.

Das Urteil gegen Toller.

München, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Vor dem Staatsgericht München wurde heute vormittag gegen 12 Uhr nach 2 1/2 stündiger Verhandlung der Student Ernst Toller zu 5 Jahren Festungshaft und zur Tragung der Kosten der Verhandlung verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 7 Jahre Festung beantragt.

Joffres Bekandnisse.

Zu den Mitteilungen des Marschalls Joffre von der französischen Untersuchungskommission über die Verhältnisse heute der Dohle. Die Dohle ist ein längerer Anlauf in der Deutschen Armee, die in den Zusammenhängen der französischen Operationspläne Nr. 16 und Nr. 17 mit der Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich und Deutschland eingehend dargestellt wird. Aus den Ausführungen geht hervor, daß Joffres Bekandnisse vielfach missverstanden worden sind. Joffre hatte sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß Frankreich die belgische Neutralität durch Operationen die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland nicht genügend berücksichtigt gemein ist. Er hat daraufhin an der Hand einer ausführlichen Denkschrift klargestellt, daß mit einer beratigen Eventualität stets gerechnet worden ist. Allerdings hat der bel. Ausbruch des Krieges glückliche Operationen Nr. 17 die französischen Streitkräfte weiter südtlich aufgestellt, als es früher der Fall war.

Die französische oberste Verfassung ist über 1914 durch den Gang der Dinge in Belgien tatsächlich überholt worden. Erst am 2. August hat sie eine Einseitigkeit ihrer Kräfte angeordnet, nachdem sie von den belgischen Ultimatum an Belgien gesehen hatte. Der Schritt zum „Caracot“, in der es die gemeinsame Absicht durch Frankreich und Belgien in größerem Maßstab wirksam wurde, erklärt Joffre damit, daß die belgischen Einheiten der belgischen Armee sich gegen den belgischen Punkt der französischen Front gewendet hätten. Die Franzosen hätten also, das ist der tiefere Sinn der „Gekandnisse Joffres“, den von ihrem Standpunkt aus strategisch richtigen Plan Nr. 16 zu Unrecht, indem sie zu früh, gegen den Plan Nr. 17 ausgereicht.

Der Artikel schließt: Im Falle eines 1911 ausbrechenden Krieges war nach dem Urteil des englischen Militärattachés zu Brüssel, des Oberleutnants Bridges, England entschlossen gewesen, in Belgien auch ohne vorherige Zustimmung der belgischen Regierung Truppen zu landen, alle die Neutralität des Landes zu verletzen. Bis zum Wiffen werden die Operationspläne Nr. 17 vor Frankreich zum Eintritt in Belgien gewillt, also nicht als zum Neutralitätsbruch entschlossen, wenn es ihn strategisch geboten erschien. Damit entfällt für beide Mächte jeder Rechtsakt, ein unteren französischen Verfahren 1914 ein moralisches Verhandlungsverfahren herbeizuführen. Dies ist für uns die Schlussfolgerung der Untersuchungen über die Dohle.

Die Pariser Presse zum Tode des französischen Soldaten in Berlin.

WTB. Paris, 16. Juli. Die glänzendste Morgenzeitung gibt die Nachricht zum Tode des französischen Soldaten in Berlin wieder. Nur wenige Zeilen sind davon eine Bemerkung, die über den Namen des Soldaten in dem „Saint-Pierre“ den Eindruck zu erwecken sucht, als handele es sich bei dem

Zusammenstoß französischer Soldaten mit dem Publikum um eine einheitliche, vordruckte Darstellung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten fest zu halten, müßten sie die letzte Verfügung erlassen. „Nicht“ de Lang, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marschall Joffe soll von der deutschen Regierung die sofortige Zahlung von 100 000 Franken Schadenersatz an die Familie des Verstorbenen verlangen. Außerdem habe er eine Strafe von einer Million Franken verlangt.

Tagung der französischen Friedenskonferenz.

WTB. Paris, 16. Juli. Die Friedenskonferenz der Kammer, die gestern die Beratung über den Friedensvertrag fortsetzte, beschloß, den Entwurf des Artikels 16 über die Frage des linken Rheinufers und andere Gebietsfragen zu hören. Danach gab der Minister des Innern seine Erklärungen über den Vordruck ab, der nach seiner Ansicht für den Weltfrieden gegenüber früher einen ungenügenden Fortschritt bedeute, da alle ihm angeführten Fälle für Streitigkeiten einen länderübergreifenden Charakter hätten. Deutschland könne ein Mitglied werden nach einmütiger Zustimmung, und nachdem es keinen guten Glauben durch seine Haltung und tatsächlich durch die Ausführung der Friedensbedingungen bewiesen habe. Joffre übernahm schließlich die Anträge Bourgeois über die Kontrolle der Währungsangelegenheiten. Nach ihm laute Charles Bonvois zu bemerken, daß das Saargebiet ehemals französisches Gebiet gewesen sei.

Wiffon über die Friedensschwierigkeiten

WTB. Amsterdam, 16. Juli. „Telegraaf“ zufolge erklärte Wiffon in seiner Rede unter anderem, daß die Mitglieder der Friedenskonferenz nicht dauernd verhandeln, ihre Interessen der Grundfragen anpassen, aber die man übereingekommen war. Diese Aufgabe ist fürchterlich schwierig. Ein Friede sei unmöglich, ohne daß die Ordnung der Dinge in Mitteleuropa nach eigenem Recht geregelt werde und eine Neugestaltung geschaffen werde, die sich auf die freie Wahl der Wähler stützt auf die Wiffon der Vordrucker und Vordrucker gründe. Bei der Bildung dieser neuen Staaten konnten keine natürlichen Grenzen gefunden werden. Deutschland habe keine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht vermerkt, sondern nur ausgeteilt habe, ohne den Rechten der Eingeborenen Rechnung zu tragen. Die Wiffon bisher in Fünftens gelebt. Man müsse geboten werden.

Deutsches Reich.

Deutscher Gefangener in England erschossen.

WTB. Amsterdam, 16. Juli. „Daily News“ vom 14. d. Mts. meldet: Ein deutscher Gefangener wurde am Sonntagabend von einem Kolben des Marshall-Lagers Oswestry erschossen. Es erkaufte, daß der Gefangene einen Jagdschein gegen den Posten war.

Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Reichsministerien.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer und in Anwesenheit der Reichsminister Erberich, Schilde und Schmitt wurde am Sonnabend, den 12. Juli, im Schloß in Weimar mit den Vertretern der Angestelltenverhältnisse der Reichsministerien (nicht beamtete wissenschaftliche, technische und kaufmännische Angestellte, Hilfsarbeiter, Büro- und Kassenangestellte usw.) eine Konferenz abgehalten, die den Zweck hatte, in den einzelnen Ministerien Verhandlungen fortzuführen, im März nochmals durch ihren Arbeitsausschuß eine gemeinsame Forderung bei dem Reichsministerium eingebracht. Die langwierigen Verhandlungen haben nunmehr einen heftigen Teil befriedigenden Abschlusses gefunden.

Ausland.

Großer Bergarbeiterstreik.

WTB. London, 16. Juli. Knauer. 150 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben gestern abend infolge des Abbruches der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Zollwissenschaftliche Erfolge.

Amsterdam, 16. Juli. Einer neueren Meldung aus Helsingfors zufolge berichtet ein zuverlässiges Blatt, daß die Zollwissenschaften Fern und Rungung genommen haben.

Die Bekämpfung der russischen Industrie.

WTB. Amsterdam, 16. Juli. Die russische Informationsstelle in New York veröffentlicht eine Mitteilung über die Bekämpfung der russischen Industrie durch die Zollwissenschaften. Darin wird hervorgehoben, daß so gut wie die gesamte Industrie lahmgelegt ist, weil die Mittel zur Bekämpfung der Arbeiter fehlen.

Halle und Umgegend.

Paris, den 17. Juli 1919.

Erklärung der Hallischen Retoren-Konferenz.

Von der Hallischen Retoren-Konferenz ist folgende Erklärung an die Studenten der Straßburger Universität beschlossen worden:

„Die in Halle vertratene Konferenz der Retoren der deutschen Universitäten und Hochschulen bricht der Reichsregierung, den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten sowie den Universitäten, zumal der Straßburger U., ihren warmen Dank aus für die konsequente tätige Hilfe, die den Studenten nationaler Intoleranz vertriebenen Straßburger Professoren, Dozenten und Studenten zuteil geworden ist. Die Retoren-Konferenz drückt aber auch die Erwartung aus, daß sowohl die Ministerien als auch die Fakultäten und die einzelnen Professoren alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um bis ins höchste Grade die Straßburger Kollegen in gleichwertigen Stellen wieder unterzubringen. Endlich erklärt die Retoren-Konferenz für eine Ehrenpflicht, den aus Glaubensdrängen stammenden deutschen Studenten, die im Deutschen Reich zu bewohnen inneren Anseh und Ansehen, wie auch in der Zukunft an deutschen Universitäten tunlichst die Wege zu ebnen.“

Wie in dem Jahre 1871 die akademischen Kreise Deutschlands es als eine heilige Pflicht empfanden, die deutsche Universität Straßburg in einem hohen Solenne der deutschen Welt auszubauen, so ist es heute die heilige Pflicht geworden, es als nationale Ehrenpflicht gelten, allen denen, die es bis zum letzten Tage gelitten haben, eine ihre Bekämpfung entsprechende Stellung zu verschaffen.“

Das neue Jubiläum.

Am 22. September bis 22. Dezember werden die meisten deutschen Hochschulen ein neues Jubiläum feiern, und zwar

am 22. September werden, Breslau, Göttingen, Halle, Kiel, Königsberg, Marburg und Münster, die technischen Hochschulen Charlottenburg, Breslau und Hannover. Die Universitäten Bonn, Köln, Frankfurt am Main, Gießen, Jena, Leipzig, Marburg und Straßburg feiern kein Jubiläum, sondern beginnen das Wintersemester mit 1. Oktober, während die Hochschulen mit Jubiläumstag das Wintersemester am 5. Januar beginnen lassen.

Sendung des Hilschpfeils.

Es wird jetzt von verschiedenen Seiten der Ansicht gemacht, eine Sendung der Hilschpfeile für Geisteskranken, hoch gehalten für die Verhandlungen mit dem Hilschpfeil für die Hilschpfeile, darunter die Hilschpfeile, die technischen Hochschulen Marburg und Straßburg feiern kein Jubiläum, sondern beginnen das Wintersemester mit 1. Oktober, während die Hochschulen mit Jubiläumstag das Wintersemester am 5. Januar beginnen lassen.

100 Gramm Fett. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Verbot, wonach die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Verbrauchsmenge an Speisefetten bis auf weiteres für die Woche 100 Gramm für Selbstverbraucher wie Verzehrgewerbetreibende beträgt, wozu nicht mehr als 50 Gramm in Butter ausgerechnet werden dürfen.

Provinzial-Nachrichten.

Maßnahmen gegen den Kellerstreik.

Man schreibt uns aus Dresden, 15. Juli: Zum Kellerstreik wurde am Sonntag in einer in Rücksicht abgehaltenen, von 1400 Personen besuchten Versammlung des geltendmachenden Vorkomitees eine Entschließung folgenden Wortlautes angenommen:

„Da letzten Endes das Publikum bei eventueller Trübsandabspaltung doch für die Höhe des Gehaltserhöhungsanspruchs keine und außerdem dem Dienstpersonal noch Trübsand in zeitlichem Maße aufkommen lassen muß, um bedient zu werden, sind entgegengegebene Beispiele aus Berlin und Düsseldorf beizuziehen, so fordern wir das Gehaltserhöhung auf, innerhalb 48 Stunden die Arbeit mit Trübsand abzugeben, können zu den bisherigen Sätzen wieder aufgenommen, andernfalls mit vorläufig auf die Dauer von drei Monaten nach Beendigung des Streites auf jedwede Behebung von Seiten des Dienstpersonals in Hotels, Gastwirtschaften usw. Rücksicht zu nehmen und uns sehr selbst bedient zu werden.“

Von der Vereinigung der Hotel-, Café- und Gastronomiebetriebe, sowie der Kaffeehausbetriebe von Dresden, wird ausgereicht, daß die Streikleitung die in fiktionalen Betriebe entlassen, die dort gemächlich einbringen, die dort wohnenden arbeitswilligen Angestellten aus ihren Wohnräumen holen und während des Streiks arbeitswillige Familienangehörige und Gehilfen beschäftigen. Sogar der ökonomischen Döner der Retoren angetragene Forderung hat man gemächlich mit fortgelassen. Die Gastronomie glauben, sich fürchten zu müssen, daß die „Trübsandabspaltung“ nur solange „unumkehrbar“ ist, bis die geforderten hohen Löhne bewilligt sind. Dann bleibe der alte Zustand nach der sogenannten „Hilfs-Einstellung“ bestehen. In dieser Hinsicht ist der Leiter einer derbeten hohen Gehalts. In der Nähe in Berlin streiken zum Himmel — ohne Trübsand bekommt man überhaupt nichts.“

Dresden, 15. Juli. (Der Kellerstreik) ist gestern abend beendet worden. Es wurde folgende Rate beschlossen: Unter Fortgewährung der bisherigen Löhne wird ein Behebungsgehalt für Hotel- und Gastwirtschaften von 2 Prozent erhoben, in Kaffeehäusern 10 Prozent, in den Bier- und übrigen Betrieben 5 Prozent. In den Kaffeehäusern und Hotels werden 20 Prozent Aufschlag bei Tagesernte, 15 Prozent bei Wochenernte und 10 Prozent bei Monatsernte erhoben. Dieser Tarif gilt sooftig bis 1. September 1919.

? Aus dem Saarstreit, 15. Juli. (Ernteerzeugung.) In den Feldern des Saarlandes finden jetzt die Kommissionen bestehend aus örtlichen Beamten und belgischen Erntearbeitern statt, durch welche die vorzuschätzenden Erträge der diesjährigen Ernte an Getreide, Heu und Gerste festgestellt werden sollen, um die nötigen Maßnahmen für die Wirtschaftsverhältnisse des Reiches daraus folgern zu können. Damit die Unaben unparteiisch festgelegt werden, besteht die Kommission gewöhnlich aus einem belgischen Beamten, belgischen Arbeiter unter Einwirkung von französischen der Heimatgemeinden. Im allgemeinen werden die Erträge hier in diesem Jahre etwas höher ausfallen als im Vorjahre; wenn auch die Bewirtschaftung der Felder infolge mangelnder Arbeitskräfte und des fehlenden heimischen Düngers Mängel aufweist, so waren doch die Witterungsverhältnisse günstig.

Beihilfen, 15. Juli. (Der Gustenanden) hat sich sowohl in dieser Hinsicht als in der Nachbarschaft als ein Komitee, ein Komitee, das die Erträge feststellen kann und auch die Wohnverhältnisse für die Fruchtart geeignet sind; auch in diesem Jahre sind nicht unbedeutende Flächen angebaut worden. Im allgemeinen ist der Stand der Pflanzen besser als im Vorjahre, obwohl die Witterungsverhältnisse nicht gerade günstig waren. Die Pflanzen haben jetzt und werden auch, so daß die ersten Ernteburden in nicht mehr fernem Zeit auf dem Wege erliegen werden.

() Reins, 15. Juli. (In dem bekannten politischen Prozeß) wegen der Erzeugung von 400 000 M. fiktionaler Gelder während des letzten Generalstreiks wurden heute die unabhängigen Abgeordneten Seib und Krug wegen gemeinschaftlicher Fälschung von Banknoten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Dresden 15. Juli. (Richtentwurf) In einigen Teilen der Hilschpfeile Dresden Umgebung hat es wegen mangelnder Preise zu Gemütskranken, die denen ein Hilschpfeil erlassen, ein andern schwerer verurteilt wurde. Die Kirchen wurden von den Arbeitern dann zu billigen Preisen verkauft.

Vermischtes.

Emil Fischer.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag verstarb der berühmte Chemiker Emil Fischer im 77. Lebensjahr in Hannover bei Berlin. Ein geborener Rheinländer, hat er zuerst eine außerordentliche Professur in München inne, folgte dann einem Ruf nach Göttingen und später nach Würzburg.

